

FÖDERALISMUSREFORM II

Alt-Reformer Herzog und Clement machen Druck

Von Carsten Volkery

Die Föderalismusreform wurde als "Mutter aller Reformen" gefeiert. Doch schon die Kita-Diskussion zeigt: Sie ist nicht zu Ende gedacht, den Ländern fehlen die Steuermittel. Alt-Reformer wie Roman Herzog und Wolfgang Clement fordern nun eine radikale Föderalismusreform II.

Berlin - Der "Konvent für Deutschland" ist eine strikt überparteiliche Veranstaltung - fein austariert sitzen auf dem Podium der Bundespressekonferenz darum zwei Christdemokraten und zwei Sozialdemokraten. Früher reichte einer allein von ihnen aus, um die Kameraleute in hektisches Rennen zu versetzen. Aber ihre aktive Zeit ist vorbei. Heute sind sie sicherheitshalber zu viert gekommen.

Auch, weil ihr Anliegen ein großes ist.



DPA

Wolfgang Clement, Klaus von Dohnanyi, Roman Herzog: "Der eine hat gute Luft, der andere höhere Löhne"

Die Föderalismusreform II werde in der politischen Diskussion "unter dreimal ferner liefen behandelt", schimpft einer von ihnen, Klaus von Dohnanyi, einst Bürgermeister von Hamburg. "So, als sei das kein zentrales Thema."

Sein Nachbar, Wolfgang Clement, früherer Wirtschaftsminister, nickt und sagt: "Es ist unsere große Sorge, dass sich die politische Diskussion auf den Einbau einer Verschuldungsbremse beschränkt".

Der Dritte im Bunde, der frühere Verteidigungsminister Rupert Scholz, wettet, dass die "Mischfinanzierung" staatlicher Aufgaben das Land am Rand des Verfassungsbruchs halte.

Von der anderen Seite sekundiert Altbundespräsident Roman Herzog: Es gebe im Moment dank der Großen Koalition eine "fast einmalige Chance" für die notwendigen Grundgesetzänderungen,

um die Missstände zu beseitigen.

Der Auftritt ist ein Ordnungsruf der Ehemaligen an die Aktiven. Seit März berät eine hochrangig besetzte Föderalismuskommission über die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Geleitet wird sie von SPD-Fraktionschef Peter Struck und dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günter Oettinger. Das nächste Treffen ist im September.

Clement: "Es bleiben nur noch Monate"

Mit einem 13-Punkte-Papier wollen Herzog, Clement und Co. Schwung in die dahin plätschernde Debatte bringen. Der "Konvent für Deutschland" ist ein Zusammenschluss von Politikern und Managern, die sich als Reformmotor verstehen. Die vier auf dem Podium befürchten, dass statt eines großen Wurfs wieder nur ein lauer Kompromiss herauskommt. "Wir können doch nicht glauben, dass die bisherigen Reformen ausreichen", knurrt Clement. Er drängt auf politisches Handeln: Es bleibe nicht mehr viel Zeit, bevor die nächsten Wahlen alles überschatteten. "Es sind nur noch Monate", sagt er.

Die Föderalismuskommission II soll das deutsche Finanzsystem entflechten und vor allem die

Länder in die Lage versetzen, ihre neuen Aufgaben, die sie durch die Föderalismusreform I gewonnen haben, auch selbst zu bezahlen. Es geht um dröge Themen wie Länderfinanzausgleich, Steuerhebesätze und Verschuldungsgrenzen. Das allein würde erklären, warum die Debatte in den Medien unter ferner liefen läuft.

Doch es gibt noch eine andere Erklärung: Es geht nicht voran. Kaum etwas gilt als so unreformierbar wie das föderale Finanzsystem. Der Grund: Beim Länderfinanzausgleich stehen 16 Nehmerländer fünf Geberländern (Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen) gegenüber. Die so genannten armen Länder haben im Bundesrat 48 Stimmen, die reichen Länder nur 26. Die Nehmerländer fürchten, dass sie bei einer Reform nur verlieren können. Deshalb wurden die Finanzfragen in der ersten Föderalismuskommission ausgeklammert.

"Kita-Zahlungen sind eigentlich verfassungswidrig"

Die Große Koalition hat sich aber verpflichtet, die Finanzreform noch in dieser Legislaturperiode nachzureichen. Ohne sie wäre die Föderalismusreform I, die "Mutter aller Reformen" (Edmund Stoiber), Makulatur. Bisher haben Bund und Länder nämlich nur die Kompetenzen für bestimmte Politikbereiche klarer zugeordnet: Für Bildung etwa sind fortan ausschließlich die Länder zuständig. Weil die Finanzfragen ausgespart wurden, fehlen den Ländern nun die Mittel, um die größeren Aufgaben auch zu schultern. Bestes Beispiel ist die Kita-Diskussion: Kaum war der Krippenausbau beschlossen, der nun exklusiv Ländersache ist, forderten die Länder in alter Tradition Bundeszuschüsse für Investitions- und Betriebskosten.

"Das, was sich da abspielt, ist eigentlich verfassungswidrig", sagt der Verfassungsrechtler Scholz in der Bundespressekonferenz. Auch Clement kann nur den Kopf schütteln. "Es ist schon erstaunlich, dass man erst eine Föderalismusreform beschließt und danach genau das Gegenteil macht", sagt er. Die Tinte unter dem Gesetz sei noch nicht trocken gewesen, da sei es auch schon gebrochen worden. Das Kita-Beispiel zeige, mit "welcher politischer Leichtfertigkeit" hier gehandelt werde, sagt Clement. "In der Wirtschaft wäre das der Tatbestand der Untreue."

Die Föderalismuskommission II hat bisher keine nennenswerten Fortschritte vermelden können. Weitgehende Einigkeit herrscht bei den Beteiligten über eine Schuldenbremse nach Schweizer Vorbild, um die Neuverschuldung der Länder einzudämmen. Herzog und Co. halten dies jedoch bei weitem nicht für ausreichend. In ihren Augen wäre die Reform gescheitert, wenn dies am Ende die einzige Neuerung wäre.

Der Konvent fordert "eine ganze Reihe von Grundgesetzänderungen" (Herzog), darunter eigene Hebesatzrechte für die Länder bei Einkommen- und Körperschaftsteuer - eine Forderung, die von den armen Ländern bisher strikt abgelehnt wurde. Sie fürchten, dass die reichen Länder ihnen mit niedrigeren Steuersätzen dann noch mehr Unternehmen und Arbeitnehmer ausspannen als es bisher schon der Fall ist.

Auch die Forderung, den Nivellierungsgrad des Finanzausgleichs abzusenken, dürfte auf Gegenwind bei den Sozialdemokraten und im Osten stoßen. Bisher werden Unterschiede zwischen den Ländern zu 95 Prozent nivelliert. Der Konvent will die Quote drücken. Wie tief, sagen die vier Vertreter nicht, verweisen nur auf Länder wie die Schweiz, wo der Ausgleich zu 85 Prozent erfolgt. Letztlich sei dies eine Frage des "Auspokerns" zwischen den Ländern, sagt Dohnanyi.

Auch das Konzept der "Einheitlichkeit" der Lebensverhältnisse will der Konvent ganz aus dem Grundgesetz streichen und durch das Wort "Gleichwertigkeit" ersetzen. Es sei nun mal so, erklärt Herzog: "Der eine hat gute Luft, der andere höhere Löhne." Wer die gute Luft habe, könne nicht auch noch die Gewerbesteuererinnahmen des anderen haben.

"Die deutsche Bevölkerung ist nicht föderal gestimmt"

Insgesamt gehe es ihnen darum, die Eigenverantwortung der Länder zu stärken, erklären die vier immer wieder. "Wir brauchen mehr föderalen Wettbewerb", sagt Clement und klingt damit genau

so wie sonst Unionsfraktionschef Volker Kauder.

Leider gebe es in Deutschland keinen "bodenständigen Föderalismus", klagt von Dohnanyi. In den USA und der Schweiz hätten die Bundesstaaten und Kantone ein ganz anderes Selbstbewusstsein. Deshalb würde da auch nie jemand auf die Idee kommen, über Fusionen zu reden. In Deutschland hingegen sei die Bevölkerung "nicht föderal gestimmt". Deshalb ertöne immer wieder der Ruf nach dem Bund.

Doch Rezepte, wie sie die Allianz der armen Länder aufbrechen können, haben die Reformer nicht. Sie haben nur eine Hoffnung: Solidarpakt II und Länderfinanzausgleich sind bis 2019 festgeschrieben. Danach muss alles neu verhandelt werden.

Man wisse ja noch gar nicht, wie Bundestag und Bundesrat 2019 zusammengesetzt seien, gibt Herzog den Ländern zu bedenken. Vielleicht gebe es dann ein Sechs- oder Sieben-Parteien-Parlament, in dem Kompromisse über einen neuen Länderfinanzausgleich unmöglich würden. Dann, so Herzog, würden die dumme dreinschauen, die auf den Finanzausgleich angewiesen sind. Die seien dann gut beraten, "sich wärmer anzuziehen", sagt Herzog. Oder vielleicht sollten sie sich doch lieber jetzt der Reform nicht verweigern.

© SPIEGEL ONLINE 2007

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH
